

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2014/00050]

**14. MÄRZ 1968 — Gesetz zur Aufhebung der am 12. Oktober 1953
koordinierten Gesetze über die Aufenthaltssteuern für Ausländer — Deutsche Übersetzung**

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Gesetzes vom 14. März 1968 zur Aufhebung der am 12. Oktober 1953 koordinierten Gesetze über die Aufenthaltssteuern für Ausländer.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

MINISTERIUM DER JUSTIZ

**14. MÄRZ 1968 — Gesetz zur Aufhebung der am 12. Oktober 1953
koordinierten Gesetze über die Aufenthaltssteuern für Ausländer**

BALDUIN, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

Artikel 1 - Die Gesetze über die Aufenthaltssteuern für Ausländer, die am 12. Oktober 1953 koordiniert und durch die Gesetze vom 4. Juli 1956 und 14. März 1958 ergänzt worden sind, werden aufgehoben.

Art. 2 - Die Gemeinden dürfen für die Ausstellung, Erneuerung, Verlängerung oder Ersetzung von Aufenthaltsscheinen für Ausländer Gebühren zur Deckung der Verwaltungskosten erheben. Diese Gebühren entsprechen denjenigen, die Belgier für den Personalausweis entrichten müssen.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 14. März 1968

BALDUIN

Von Königs wegen:

Der Minister der Justiz

P. WIGNY

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

P. WIGNY

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2014/00049]

10 FEBRUARI 1981. — Herstelwet inzake de pensioenen van de sociale sector Officieuze coördinatie in het Duits van uittreksels

De hierna volgende tekst is de officieuze coördinatie in het Duits van de artikelen 33, 34, 38 en 39 van de herstelwet van 10 februari 1981 inzake de pensioenen van de sociale sector (*Belgisch Staatsblad* van 14 februari 1981), zoals ze achtereenvolgens werden gewijzigd bij :

- de programmawet van 27 december 2004 (*Belgisch Staatsblad* van 31 december 2004);

- de wet van 23 december 2005 betreffende het generatiepact (*Belgisch Staatsblad* van 30 december 2005).

Deze officieuze coördinatie in het Duits is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2014/00049]

10 FEVRIER 1981. — Loi de redressement relative aux pensions du secteur social. — Coordination officieuse en langue allemande d'extraits

Le texte qui suit constitue la coordination officieuse en langue allemande des articles 33, 34, 38 et 39 de la loi de redressement du 10 février 1981 relative aux pensions du secteur social (*Moniteur belge* du 14 février 1981), tels qu'ils ont été modifiés successivement par :

- la loi-programme du 27 décembre 2004 (*Moniteur belge* du 31 décembre 2004);

- la loi du 23 décembre 2005 relative au pacte de solidarité entre les générations (*Moniteur belge* du 30 décembre 2005).

Cette coordination officieuse en langue allemande a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2014/00049]

**10. FEBRUAR 1981 — Sanierungsgesetz in Bezug auf die Pensionen des sozialen Sektors
Inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache von Auszügen 2014/00049**

Der folgende Text ist die inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache der Artikel 33, 34, 38 und 39 des Sanierungsgesetzes vom 10. Februar 1981 in Bezug auf die Pensionen des sozialen Sektors, so wie sie nacheinander abgeändert worden sind durch:

- das Programmgesetz vom 27. Dezember 2004,

- das Gesetz vom 23. Dezember 2005 über den Solidaritätspakt zwischen den Generationen.

Diese inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

MINISTERIUM DER SOZIALFÜRSORGE

10. FEBRUAR 1981 — Sanierungsgesetz in Bezug auf die Pensionen des sozialen Sektors

Abschnitt 1 — Allgemeine Bestimmungen

Art. 1-5 - [Abänderungsbestimmungen]

Abschnitt 2 - Abänderungen des Königlichen Erlasses Nr. 50 vom 24. Oktober 1967
über die Ruhestands- und Hinterbliebenenpension für Lohnempfänger

Art. 6-25 - [Abänderungsbestimmungen]

Abschnitt 3 - Abänderungen des Gesetzes vom 28. Mai 1971 zur Vereinheitlichung und Harmonisierung der im Rahmen der Gesetze über die Versicherung im Hinblick auf das Alter und den vorzeitigen Tod eingeführten Kapitalisierungssysteme

Art. 26-30 - [Abänderungsbestimmungen]

Abschnitt 4 - Die in der Pensionsregelung für Lohnempfänger garantierten Mindestpensionen

Art. 31-32 - [Abänderungsbestimmungen]

Art. 33 - Für Arbeitnehmer, die eine Berufslaufbahn als Lohnempfänger nachweisen, die mindestens zwei Dritteln einer vollständigen Berufslaufbahn entspricht, darf der Betrag der Ruhestandspension, die zu Lasten der Ruhestands- oder Hinterbliebenenpensionsregelung für Lohnempfänger gewährt wird, nicht niedriger sein als ein bestimmter Bruchteil der in Artikel 152 des Gesetzes vom 8. August 1980 über die Haushaltsvorschlage 1979-1980 festgelegten Basisbetrage.

[...]

Der König bestimmt:

1. was unter zwei Dritteln einer vollständigen Laufbahn zu verstehen ist, und die Modalitäten, gemäß denen diese Laufbahn nachgewiesen wird,
2. Modalitäten für die Berechnung des garantierten Mindestbetrags, wenn die Pension gekürzt worden ist,
- [3. die Art, wie der im vorangehenden Absatz erwähnte Bruchteil festgelegt wird,
4. welche Zeiträume, während deren der Betreffende seine Berufslaufbahn unterbrochen hat, für die Eröffnung des in vorliegendem Artikel erwähnten Anspruchs berücksichtigt werden.]

[In Ausführung dieses Absatzes darf der König jedes Mal einen Unterschied entsprechend der Dauer der Beschäftigung machen.]

[Art. 33 früherer Absatz 2 aufgehoben durch Art. 12 Buchstabe a) des G. vom 23. Dezember 2005 (B.S. vom 30. Dezember 2005); neuer Absatz 2 Nr. 3 und 4 eingefügt durch Art. 12 Buchstabe b) des G. vom 23. Dezember 2005 (B.S. vom 30. Dezember 2005); Abs. 3 eingefügt durch Art. 12 Buchstabe c) des G. vom 23. Dezember 2005 (B.S. vom 30. Dezember 2005)]

[Art. 33bis - Für die Arbeitnehmer, die gleichzeitige oder aufeinanderfolgende Leistungen als Lohnempfänger und Selbständiger nachweisen, deren Laufbahn mindestens zwei Dritteln einer vollständigen Berufslaufbahn entspricht, bestimmt der König:

1. was unter zwei Dritteln einer vollständigen Laufbahn zu verstehen ist, und die Modalitäten, gemäß denen diese Laufbahn nachgewiesen wird,
2. den Betrag, auf dessen Grundlage die Ruhestandspension gemäß dem zu Lasten der Pensionsregelung für Lohnempfänger anerkannten Laufbahnbruch berechnet wird, und die Modalitäten für die Berechnung dieses Betrags, wenn die Pension gekürzt worden ist.]

[In Ausführung von Absatz 1 darf der König jedes Mal einen Unterschied entsprechend der Dauer der Beschäftigung machen.]

[Art. 33bis eingefügt durch Art. 190 des G. vom 27. Dezember 2004 (B.S. vom 31. Dezember 2004); Abs. 2 eingefügt durch Art. 13 des G. vom 23. Dezember 2005 (B.S. vom 30. Dezember 2005)]

Art. 34 - Die Hinterbliebenenpension, die zu Lasten der Pensionsregelung für Lohnempfänger auf der Grundlage einer Berufslaufbahn gewährt wird, die mindestens zwei Dritteln einer vollständigen Berufslaufbahn entspricht, darf nicht niedriger sein als ein bestimmter Bruchteil des durch oder aufgrund von Artikel 153 des Gesetzes vom 8. August 1980 über die Haushaltsvorschlage 1979-1980 festgelegten Basisbetrags. [...]

Der König bestimmt:

1. was unter zwei Dritteln einer vollständigen Laufbahn zu verstehen ist, und die Modalitäten, gemäß denen diese Laufbahn nachgewiesen wird,
2. Modalitäten für die Berechnung des garantierten Mindestbetrags, wenn die Pension gekürzt worden ist,
- [3. die Art, wie der im vorangehenden Absatz erwähnte Bruchteil festgelegt wird,
4. welche Zeiträume, während deren der verstorbene Ehepartner seine Laufbahn unterbrochen hat, für die Eröffnung des in vorliegendem Artikel erwähnten Anspruchs berücksichtigt werden.]

[In Ausführung dieses Absatzes darf der König jedes Mal einen Unterschied entsprechend der Dauer der Beschäftigung machen.]

[Art. 34 Abs. 1 abgeändert durch Art. 14 Buchstabe a) des G. vom 23. Dezember 2005 (B.S. vom 30. Dezember 2005); Abs. 2 Nr. 3 und 4 eingefügt durch Art. 14 Buchstabe b) des G. vom 23. Dezember 2005 (B.S. vom 30. Dezember 2005); Abs. 3 eingefügt durch Art. 14 Buchstabe c) des G. vom 23. Dezember 2005 (B.S. vom 30. Dezember 2005)]

[Art. 34bis - Für die Hinterbliebenenpensionen, die aufgrund von gleichzeitigen oder aufeinanderfolgenden Leistungen als Lohnempfänger und Selbständiger gewährt worden sind, die insgesamt eine Anzahl Jahre erreichen, die mindestens zwei Dritteln einer vollständigen Berufslaufbahn entspricht, bestimmt der König:

1. was unter zwei Dritteln einer vollständigen Laufbahn zu verstehen ist, und die Modalitäten, gemäß denen diese Laufbahn nachgewiesen wird,
2. den Betrag, auf dessen Grundlage die Hinterbliebenenpension gemäß dem zu Lasten der Pensionsregelung für Lohnempfänger anerkannten Laufbahnbruch berechnet wird, und die Modalitäten für die Berechnung dieses Betrags, wenn die Pension gekürzt worden ist.]

[In Ausführung von Absatz 1 darf der König jedes Mal einen Unterschied entsprechend der Dauer der Beschäftigung machen.]

[Art. 34bis eingefügt durch Art. 191 des G. vom 27. Dezember 2004 (B.S. vom 31. Dezember 2004); Abs. 2 eingefügt durch Art. 15 des G. vom 23. Dezember 2005 (B.S. vom 30. Dezember 2005)]

Art. 35 - [Übergangsbestimmung]**Art. 36** - [Abanderungsbestimmung]

Abschnitt 5 - Wohlstandszulage

Art. 37 - [Übergangsbestimmung]

Art. 38 - Die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes werden am 1. Januar 1981 wirksam, mit Ausnahme der Artikel 1, 2, 3, 4, 5, 21, 23, 24, 26, 29 und 30, die am 1. März 1981 in Kraft treten, und der Artikel 20, 27 und 28, die an einem vom König festzulegenden Datum in Kraft treten.

Art. 39 - Vorliegendes Gesetz tritt am Tag der Veröffentlichung des Sanierungsgesetzes über die Einkommensmäßigung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2014/00066]

13 JANUARI 2014. — **Wet tot wijziging van de wet van 15 mei 2007 tot instelling van de functie van gemeenschapswacht, tot instelling van de dienst gemeenschapswachten en tot wijziging van artikel 119bis van de nieuwe gemeentewet (1)**

FILIP, Koning der Belgen,
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groot.

De Kamers hebben aangenomen en Wij bekrachtigen hetgeen volgt :

Artikel 1. Deze wet regelt een aangelegenheid als bedoeld in artikel 78 van de Grondwet.

Art. 2. In artikel 3 van de wet van 15 mei 2007 tot instelling van de functie van gemeenschapswacht, tot instelling van de dienst gemeenschapswachten en tot wijziging van artikel 119bis van de nieuwe gemeentewet, gewijzigd bij de wet van 24 juli 2008, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1 worden de woorden "De dienst gemeenschapswachten is" vervangen door de woorden "De personen die behoren tot de dienst gemeenschapswachten zijn";

2° paragraaf 1 wordt aangevuld met een 6° en een 7°, luidende :

6° de ontradende aanwezigheid ter preventie van conflicten tussen personen, met inbegrip van de geweldloze tussenkomst bij vaststelling van verbale conflicten tussen personen;

7° het begeleiden van schoolgaande kinderen die zich in groep, te voet of per fiets, van thuis naar hun school begeven en omgekeerd.;"

3° paragraaf 2 van dezelfde wet wordt vervangen door wat volgt :

"§ 2. De gemeenteraad of de gemeenteraden van de organiserende gemeente of van de organiserende gemeenten kan of kunnen de gemeenschapswachten-vaststellers tevens belasten met het verrichten van de vaststellingen die uitsluitend beperkt worden tot de onmiddellijk waarneembare toestand van goederen die de gemeente het recht geeft een belasting of een retributie te heffen."

Art. 3. In artikel 4 van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 24 juli 2008, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de woorden "De dienst gemeenschapswachten kan haar activiteiten uitsluitend organiseren :;" worden vervangen door de woorden "De personen die behoren tot de dienst gemeenschapswachten kunnen hun activiteiten uitsluitend uitoefenen :";

2° in het 1° worden de woorden "voor de activiteiten bedoeld in artikel 3, § 1, 1° tot 4°" vervangen door de woorden "voor de activiteiten bedoeld in artikel 3, § 1, 1° tot 4° en 6° en 7°";

3° het 1° wordt aangevuld met de woorden : "beschouwd worden als openbare weg : alle wegen en pleinen die tot het openbaar wegnen behoren en waartoe de weggebruiker normaliter altijd en ongehinderd toegang heeft; beschouwd wordt als openbare plaats : de openbare weg en de terreinen die tot het openbaar domein behoren en die toegankelijk zijn voor het publiek.;"

4° het artikel wordt aangevuld met drie leden, luidende :

"In afwijking van het eerste lid, 1°, kunnen de activiteiten bedoeld in artikel 3, § 1, 1° tot 7°, ook op de voor het publiek toegankelijke plaatsen zoals aangeduid door het College van burgemeester en schepenen worden georganiseerd.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2014/00066]

13 JANVIER 2014 – **Loi modifiant la loi du 15 mai 2007 relative à la création de la fonction de gardien de la paix, à la création du service des gardiens de la paix et à la modification de l'article 119bis de la nouvelle loi communale (1)**

PHILIPPE, Roi des Belges,
A tous, présents et à venir, Salut.

Les Chambres ont adopté et Nous sanctionnons ce qui suit :

Article 1^{er}. La présente loi règle une matière visée à l'article 78 de la Constitution.

Art. 2. A l'article 3 de la loi du 15 mai 2007 relative à la création de la fonction de gardien de la paix, à la création du service des gardiens de la paix et de la modification de l'article 119bis de la nouvelle loi communale, modifié par la loi du 24 juillet 2008, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots "Le service des gardiens de la paix est chargé" sont remplacés par les mots "Les personnes qui font partie du service des gardiens de la paix sont chargées";

2° le § 1^{er} est complété par les 6° et 7° rédigés comme suit :

6° la présence dissuasive en vue de prévenir les conflits entre personnes, y compris l'intervention non violente en cas de constatation de conflit verbal entre personnes;

7° l'accompagnement d'enfants scolarisés qui se déplacent en groupe, à pied ou à vélo, de leur domicile à l'école et inversement.;"

3° le § 2 est remplacé par ce qui suit :

"§ 2. Le conseil communal ou les conseils communaux de la commune organisatrice ou des communes organisatrices peut ou peuvent également charger les gardiens de la paix-constatateurs de la constatation exclusivement limitée à la situation immédiatement perceptible de biens qui ouvre, pour la commune, le droit au prélèvement d'un impôt ou d'une redevance."

Art. 3. A l'article 4 de la même loi, modifié par la loi du 24 juillet 2008, les modifications suivantes sont apportées :

1° les mots "Le service des gardiens de la paix peut organiser ses activités exclusivement :;" sont remplacés par les mots "Les personnes qui font partie du service des gardiens de la paix peuvent exercer leurs activités exclusivement :";

2° dans le 1°, les mots "pour les activités visées à l'article 3, § 1^{er}, 1° à 4°" sont remplacés par les mots "pour les activités visées à l'article 3, § 1^{er}, 1° à 4° et 6° et 7°";

3° le 1° est complété comme suit : "sont considérées comme voies publiques toutes les voiries et places qui appartiennent au réseau public et auxquelles l'utilisateur de la route a normalement accès librement et à tout moment; est considéré comme lieu public la voie publique et les terrains qui font partie du domaine public et qui sont accessibles au public.;"

4° l'article est complété par trois alinéas rédigés comme suit :

"Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 1°, les activités visées à l'article 3, § 1^{er}, 1° à 7°, peuvent aussi être organisées dans les lieux accessibles au public désignés par le Collège des bourgmestre et échevins.